



Lösungsansätze und Best Practice: Gemeinde Bussigny

Patricia Spack Isenrich, Gemeindepräsidentin von Bussigny

In dieser Präsentation werden Lösungsansätze und Best Practices der Gemeinde Bussigny mit Blick auf das Wohnungswesen vorgestellt.

Einleitend wird kurz auf die Entwicklung der Region seit Beginn der 2000er-Jahre eingegangen. Diese war anfänglich von einer starken Entwicklung im Industriebereich und einer Explosion der Konsumgesellschaft geprägt, was unter anderem zu Verkehrs- und städtebaulichem Chaos sowie zu einer erhöhten Luftverschmutzung und Lärmbelastung führte.

Als Reaktion darauf stellte die Schaffung des *Bureau SDOL (Stratégie et Développement de l'Ouest Lausannois)* für die räumliche Entwicklungsstrategie von Lausanne West im Jahr 2003 einen Wendepunkt dar: Fortan wurden Synergien zwischen den verschiedenen Gemeinden im Westen von Lausanne besser genutzt, u. a. zur Definition einer langfristigen städteplanerischen Vision. Das Thema des Wohnungsmangels im Kanton Waadt und insbesondere in der Region Lausanne West wird in der Präsentation ebenfalls behandelt und es wird aufgezeigt, mit welchen Massnahmen darauf reagiert wurde. So wurde etwa gemeinsam mit verschiedenen Akteuren von Gemeinden, Kanton und Bund eine Wohnungsplattform geschaffen und in der neuen Nutzungsplanung wurde eine Mindestquote für den gemeinnützigen Wohnungsbau eingeführt.

Die Gemeinde gab 2022 eine Studie in Auftrag, um die Wohnsituation auf ihrem Gebiet vertieft zu analysieren, die Bedürfnisse zu eruieren und Vorschläge für verschiedene Massnahmen im Bereich Wohnungswesen ausarbeiten zu können.

Seither wurden konkrete Massnahmen getroffen, wie etwa der Kauf eines Gebäudes für die Schaffung gemeinnütziger Wohnungen oder von anderen Immobilien zur Nutzung für Wohnzwecke. Die Gemeinde führt auch Gespräche mit dem Kanton, um gemeinsam mit ihm auf Parzellen, die in seinem Besitz sind, gemeinnützigen Wohnraum zu schaffen. Ausserdem hat sie zusammen mit anderen Gemeinden im Westen von Lausanne eine auf Wohnraum spezialisierte Stelle für diese Region ins Leben gerufen, die der Kanton nun angesichts ihrer Erfolge bei der Bekämpfung von Wohnungsausweisungen zur Hälfte mitfinanziert. Schliesslich will die Gemeinde auch ein Reglement für die Vergabe von gemeinnützigen Wohnungen erstellen, das vom Gemeinderat aber noch genehmigt werden muss.